

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Postamt: Nachrichten Dresden
Fernsprechkabine: 2264
Nr. 10 Nachrichten: Nr. 20011
Schlüsselnummer: 2. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. L. Marktplatz 22/23

Abdruckgebühr vom 1. Mai 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung (bei Post 1,70 Mk.)
Wochensatzpreis für Monat Mai 6,40 Mk. einschließlich 30 Pfg. Postgebühr (ohne Verlagsgebühren).
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Schwarz berechnet: die einseitige 50 mm breite Zeile 25 Pfg., für aufwärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Kleinanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamage
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siegel & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
Dresden, Nachr.: zulässig
Schlüsselnummer werden nicht aufbewahrt

Starke Gegenläufe im Reichskabinett

Schieles Hilfsprogramm stößt auf Schwierigkeiten

Mitteleuropa

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Mai. Das Reichskabinett legte heute die gestern begonnene Beratung der Hilfsmaßnahmen für den Osten fort. Die bisherigen Verhandlungen haben ziemlich harte Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts ergeben. Diese Differenzen erstrecken sich nicht nur auf die finanziellen Aufwendungen, die für den bedrohten Osten gemacht werden, sondern auch auf die Frage, welche Gebiete in den Rahmen der Hilfsmaßnahmen einbezogen werden sollen.

Der Plan, durch den Verkauf reichseigener Gebäude in den freizuwendenden westlichen Gebieten Mittel für den Osten zu gewinnen, scheint außerdem auf den Widerstand der besetzten Gebiete zu stoßen.

Der bisherige Verlauf der Kabinettsberatungen hat insbesondere ergeben, daß es dem Reichsfinanz- und Landwirtschaftsminister Dr. Schiele nicht möglich zu sein scheint, das umfassende Hilfsprogramm durchzuführen, das insbesondere angeht die Lage der Landwirtschaft im Osten des Reichs erforderlich ist. Wenn die endgültigen Beschlüsse des Kabinetts sich in einer Richtung bewegen sollten, die den von Dr. Schiele aufgestellten Forderungen nicht entsprechen, so würde das nicht nur bedeuten, daß der Reichsfinanzminister im Kabinett sich nicht durchsetzen konnte, sondern auch eine maßgebliche Rückwirkung vor allem auf die zur Stützung des Kabinetts Bräunung notwendigen Stimmen haben könne. Die Voraussetzungen, unter denen dem Kabinett Bräunung Hilfsleistung auch von deutschnationaler Seite gewährt wurde, könnten dann leicht nicht mehr gegeben sein.

Besondere Befürchtungen hegt man in den Kreisen, denen die Hilfe in erster Linie zugute kommen soll, darüber, daß die unter sozialdemokratischem Einfluß stehende Preußenklasse einen unverhältnismäßig großen Machtgewinn durch die Beschlüsse des Kabinetts erfahren könnte.

Das sozialistisch regierte Preußen könnte, so meint man, dadurch leicht in die Lage kommen, der ganzen Osthilfeaktion den Stempel aufzudrücken.

Die Kabinettsberatungen über die Osthilfsmaßnahmen werden in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Heute ist noch kein Abschluß erzielt worden, da die entstandenen Schwierigkeiten nochmals eingehende Besprechungen der beteiligten Ressorts erforderlich machen.

Es verlautet, daß der Reichsfinanzminister erklärt habe, er könne die in dem vorgelegten Entwurf angeforderten Mittel nicht bewilligen, weil er die Belastung des Staats, wenn das Programm noch dazu auf mehrere Jahre ausgedehnt wird, für zu groß halte. Das Kabinett soll nun den zuständigen Ressorts den Auftrag gegeben haben,

ein sogenanntes kleines Diprogramm

auszuarbeiten, das die Mittel in Höhe von etwa 60 bis 80 Millionen Mark vorsehen soll, die in diesem Jahre den eigentlichen Ostgebieten, also Ostpreußen, Oberschlesien und der Grenzmark, die dringliche Hilfe bringen soll. Es soll dann mit diesem Programm die allgemeine Zusage verbunden werden, daß im nächsten Jahre ein großes Wirtschaftsnotrprogramm vorgelegt werden soll, das für alle wirtschaftlich geschädigten Gebiete, auch zum Teil im Westen, vor allem aber für alle Gebiete östlich der Elbe, Hilfsmaßnahmen bringen soll.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning in Ausführung des von ihm geschaffenen Gesetzes zum Schutze der Landwirtschaft vom 15. April 1930 die Anträge des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auf

Neuregelung der Einfuhrzölle

für Roggen, Gerste, Hafer und Erzeugnisse daraus sowie für Mälzererzeugnisse aus Weizen genehmigt.

Beginn der Etatdebatte im Reichstag

Die unzureichende Hilfe für den Osten

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Mai. Zwei Monate Reichstagskämpfe stehen jetzt bevor und sind mit einer Rede des Reichsfinanzministers eingeleitet worden. Zwei Monate, die nun in die schönsten Wochen des Jahres fallen und für die unsere Parlamentarier selbst verantwortlich sind. Denn eigentlich ist es ein ungeklärtes Verstehen, daß der Haushalt des Reiches im März parlamentarisch erledigt zu sein hat. Schließlich muß ja auch jedes wirtschaftliche Unternehmen seine Bilanz rechtzeitig fertigstellen, will es nicht mit handelsrechtlichen Vorschriften in Konflikt kommen. Aber da sich das Kabinett Müller mit seinem Einscheiden reichlich viel Zeit genommen hatte, läßt auch in diesem Jahre die Pünktlichkeit unseres Regierungssystems zu wünschen übrig und man greift zum Notetat, der Ende Juni oder bis Ende Juli befristet ist.

Dr. Moldenhauers Rede war kurz und konnte nach Lage der Dinge nicht viel Neues bringen. Wie oft hat in den letzten Monaten erst Hilferding, dann Dr. Moldenhauer dasselbe Thema abgewandelt. Alle diese Reden kann man auf eine Formel bringen, und die besagt immer von neuem:

Rückwärtslose Einschränkung, rückwärtslose Sparsamkeit, rückwärtslose Rationalisierung, wo es immer nur geht, sparen und noch einmal sparen.

Nur zu einem aktuellen Punkt nahm der Reichsfinanzminister noch Stellung, indem er die Gerüchte über das Diprogramm zurückwies, die von sozialdemokratischer Seite ausgebreitet worden waren. Die Linkspresse hatte nämlich behauptet, daß insbesondere der Reichsfinanzminister Schiele ein „Wahnsinnsprogramm“ durchzuführen gedente, daß den Steuerzahlern Hunderte von Millionen kosten soll. Mit Recht hat Dr. Moldenhauer dies dementiert, wobei man freilich das Dementi mit sehr gemäßigten Gefühlen betrachten muß. Wenn es nämlich wirklich richtig sein sollte, daß

für die deutsche Osthilfe in diesem Jahre ganze 60 Millionen und im nächsten Jahre noch etwas weniger ausgeworfen werden sollen, dann scheint die Frage berechtigt, ob man nicht besser täte, den Gedanken des Diprogramms überhaupt zurückzustellen. Die Rettung des Ostens ist, darüber muß man sich wohl im klaren sein, nicht ein Problem des Geldbedarfs oder wirtschaftlichen Kalküls, sondern eine nationalpolitische Frage ersten Ranges, für die es sich wohl lohnt, einige hundert Millionen Mark zu erübrigen, selbst wenn es etwasmäßig noch so schwer fallen sollte. Man hätte also in diesem Punkte lieber eine andere Erklärung, um nicht zu sagen eine politische Erklärung des Reichsfinanzministers gehört. An die Rede Dr. Moldenhauers schloß sich die Reihe der Debatte-rebner an. Zuerst

ein Sozialdemokrat, der lautlos darauflos schimpfte und auch nicht vor Hindenburg halt machte.

Dies mußte auffallen, weil sich die Sozialdemokratie gegen den Reichspräsidenten in letzter Zeit die größte Zurückhaltung auferlegt hatte. Es folgte ein Zentrumredner, der es den Sozialdemokraten zurückgab, und vor nahezu leerem Hause rollte dann die Reihe der Reden milde und lustlos ab. In der Tat hat diese erste Lesung ja auch keine besondere Bedeutung. Sie ist lediglich als Auftakt zu werten. Ernst wird es eigentlich erst in der zweiten Lesung, wo es ja dann bereits Abstimmungen gibt.

(Sitzungsbericht auf Seite 2.)

Die Nationalsozialisten wählen Schick zum sächsischen Ministerpräsidenten

Dresden, 2. Mai. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion wird, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten am Dienstag wiederum, wie bisher, dem Präsidenten Schick ihre Stimme geben. Sollte die Wahl dann nochmals ergebnislos verlaufen, ist sie entschlossen, dem in der übernächsten Sitzung zur Abstimmung kommenden Auflösungsanträge der beiden Linksparteien zuzustimmen, womit eine Mehrheit für die Auflösung des Landtages vorhanden wäre.

Am Sonnabend findet in Bayreuth der nationalsozialistische Parteitag statt, auf dem sich die sächsischen Landtagsabgeordneten treffen und alle Maßnahmen besprechen werden, die im Falle einer Auflösung des Landtages notwendig wären.

Diese Stellungnahme der Nationalsozialisten klärt die Lage in zwei Richtungen. Einmal, daß nur die Kandidatur Schick für sie in Frage kommt, die ja auch den demokratischen Wünschen entspricht, da Präsident Schick Beamter und bisher im politischen Leben nicht hervorgetreten ist. Zweitens geben die Nationalsozialisten damit kund, daß sie nicht, wie es noch vor einigen Tagen den Anschein hatte, unter allen Umständen auf der Auflösung bestehen, sondern nochmals die Regierungsbildung fördern und erst dann für die Auflösungsanträge stimmen werden, wenn die Wahl am Dienstag wiederum ergebnislos verläuft.

Im Haag bürdete Frankreich Deutschland die schwersten Tributlasten auf. In London sabotierte dasselbe Land den Beginn einer allgemeinen Abrüstung. Beide Male wäre Gelegenheit gegeben gewesen, dem Gedanken der europäischen Gemeinschaftsarbeit zum Durchbruch zu verhelfen, aber beide Male scheint der eifrige Briand in der Hitze des Gefechts dies vergessen zu haben. Dafür verkündet er jetzt, wo er zu nichts mehr verpflichtet ist, wieder einmal mit der gewohnten großen Geste die Idee eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten. Und in ebendemselben Atemzuge schlägt Coudenhove-Calergi die Werbetrömmel als der eigentliche Vater der Idee eifriger denn je. Nach ihm ist Panuropa das beste Mittel zur völligen Beseitigung aller politischen Reibungsflächen und zugleich die einzige Rettung vor der Bolschewisierung und dem Chaos in Europa. Sogar ein Amerikaner, Professor Butler, Präsident der Carnegie-Stiftung und der Columbia-Universität, der dieser Tage in Berlin über Friedensfragen sprach, gab uns den guten Rat, an den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa als der sichersten Friedensgewähr heranzugehen.

Die Paneuropäerde pflückt also gegenwärtig sehr lebhaft, und es erscheint nötig, sie einmal kritisch auf ihre Durchführbarkeit zu untersuchen, da die Gefahr besteht, daß weite Kreise, durch das vielstimmte amerikanische Wirtschaftswunder stark beeinflusst, aus ihrer Hoffnungen schöpfen, die nach Lage der Dinge absolut unberechtigt sind. Die wirtschaftlichen Bemühnisse in Europa übersteht Coudenhove vollkommen. Für ihn sind die Vereinigten Staaten von Europa in erster Linie keine wirtschaftliche, sondern eine literarisch-geistige Angelegenheit. Das offenbaren deutlich die buntschillernden Sätze aus dem letzten Aufruf der Paneuropäer: „Alle Europäer sind verwandt: durch Blut, durch Geist, durch Glauben. Die Nationen Europas sind wie die Farben des Spektrums, in denen sich durch das Prisma der Sprache der Sonnenstrahl europäischer Geistes bricht. Der Schein der Verschiedenheit ist nichts als die mehrfache Dimension derselben Sache. Die europäische Seele ist dreidimensional: christlich die Tiefe, heidnisch die Weite, germanisch die Höhe.“ Man findet in diesem Aufruf keinen Hinweis auf die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Basis. Gemäß der literarischen Auffassung des Problems laufen die Forderungen der Paneuropäer auf die Bildung eines paneuropäischen Blockes zwischen Frankreich und Deutschland hinaus. Es ist nun das Verdienst des Wirtschaftspolitikers Gärge*, in eingehender Weise nachgewiesen zu haben, daß Panuropa aus wirtschaftlichen Gründen eine Utopie bleiben muß. Das amerikanische Beispiel ist nicht beweiskräftig. Denn Amerika hat sich auf natürliche Weise zu einem Wirtschaftskontinent entwickelt. Europa war dagegen von jeher in Nationalstaaten getrennt. Jeder der Staaten, namentlich des westeuropäischen Wirtschaftsgebietes, besitzt große Industriekomplexe, die einander als Konkurrenten gegenüberstehen. Sie sind in erster Linie gegründet worden, um dem betreffenden Lande eine industrielle Antarktis zu verleihen. Zölle haben es ermöglicht, daß auch das schwächste Glied, das für die Deckung des nationalen Bedarfs notwendig ist, leben konnte. So haben sich die europäischen Industrien nicht etwa nach dem Grundfah der amerikanischen dort angesiedelt, wo die natürlichen Voraussetzungen die besten waren, sondern sie sind vielfach aus machtpolitischen Gründen mit Hilfe von Zöllen und Subventionen künstlich gefördert worden. Das gilt von jedem europäischen Industriestaat, das gilt auch in gleicher Weise von Frankreich wie von Deutschland. Würde nach dem Willen der Paneuropäer tatsächlich sich eine Aufhebung der Zollgrenzen zwischen den westeuropäischen Industriestaaten durchzuführen lassen, dann wäre die Folge, daß die ungünstiger arbeitenden Betriebe in jedem Lande der Konkurrenz der besserorganisierten Unternehmungen erliegen würden. Siegen würden auf diesem erweiterten europäischen Markte diejenigen Produktionsstätten, die durch Spezialisierung und Größe ihre Generalunkosten am stärksten herabzudrücken vermöchten. Das aber würde bedeuten, daß zahlreiche Industrieanlagen, sehr viele an den heutigen Bedarf und die heutige Organisation der Arbeit angepaßte Maschinen ersetzt werden müßten, mit einem Wort, daß ein großer Teil des Volkvermögens, das in Gestalt von Maschinen und Gebäuden investiert ist, über Nacht in Verlust geraten würde. Auf der anderen Seite würde natürlich bei der Erweiterung der rentablen und günstig gelegenen Betriebe ein erheblicher Kapitalbedarf entstehen, der die Zinskäufe in die Höhe treiben würde. Ein großer Teil der Rationalisierungsgewinne würde dann von den Zinsen geschluckt werden. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und riesige Arbeiterwanderungen nach den Orten des Bedarfs mit all ihren Folgen für das wirtschaftliche Leben der davon betroffenen Städte wären an der Tagesordnung. Die europäische Wirtschaft würde durch die Umstellung in eine Krise geschleudert werden, die beispiellos wäre. Alle Hoffnungen auf den Aufbau einer nach amerikanischem Vorbild rationaler arbeitenden Industrie

* Dr. Wilh. Gärge: „Panuropa und Mitteleuropa“, Berlin 1926.